**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordnete Delia Susanne Klages und Vanessa Behrendt (AfD)

Wiederholungspflicht zur Vorlage von einfachen und erweiterten Führungszeugnissen in sensiblen Berufsbereichen?

Anfrage der Abgeordneten Delia Susanne Klages und Vanessa Behrendt (AfD) an die Landesregierung, eingegangen am 17.07.2025

In Berufen mit besonderer Verantwortung gegenüber Schutzbefohlenen - etwa in der Pflege, Erziehung oder Heilerziehungspflege - ist derzeit gemäß der §§ 72a SGB VIII und 30a BZRG die einmalige Vorlage eines erweiterten Führungszeugnisses bei der Einstellung und danach „in regelmäßigen Abständen“ gesetzlich vorgeschrieben.

Die Landesregierung hebt in verschiedenen Zusammenhängen die Bedeutung des Kinderschutzes sowie der Schutzverantwortung gegenüber hilfsbedürftigen Personen hervor.¹

Derzeit liegt lediglich eine Empfehlung dazu vor, in welchen zeitlichen Abständen Führungszeugnisse nach der Einstellung vorgelegt werden sollen. Eine gesetzliche Grundlage auf Landes- oder Bundesebene, mit der strafrechtlich relevante Entwicklungen im Verlauf eines bestehenden Beschäftigungsverhältnisses berücksichtigt werden könnten und die eine regelmäßige Überprüfung in zeitlicher Hinsicht verbindlich regelt, liegt nicht vor.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob die Einführung einer gesetzlich verpflichtenden, risikobasierten Wiederholung der Führungszeugniskontrolle in bestimmten Berufsgruppen und zeitlichen Abständen erforderlich sein könnte. Eine solche Regelung könnte dazu beitragen, sicherzustellen, dass relevante Eintragungen im Bundeszentralregister auch nach der Einstellung erfasst und gegebenenfalls berücksichtigt werden können.

1. Wie bewertet die Landesregierung die Risiken, die sich gegebenenfalls aus einem über Jahre nicht aktualisierten Führungszeugnis im Hinblick auf Schutzbefohlene ergeben können?
2. Welche Lehren hat die Landesregierung aus öffentlich gewordenen Fällen gegebenenfalls gezogen, in denen schwerwiegende Straftaten von Betreuungspersonal² im laufenden Arbeitsverhältnis unbemerkt geblieben sind?
3. Wie kann sichergestellt werden, dass neue strafrechtlich relevante Eintragungen im Bundeszentralregister im laufenden Arbeitsverhältnis erkannt und berücksichtigt werden?
4. Wie kann gewährleistet werden, dass auch Mitarbeiter in sensiblen Bereichen mit Zugang zu Schutzbefohlenen regelmäßig überprüft werden?
5. Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung gegebenenfalls aus der Tatsache, dass die wiederholte Einholung von Führungszeugnissen bislang weitgehend der Entscheidung einzelner Träger überlassen bleibt?
6. Welche Handlungsspielräume sieht die Landesregierung gegebenenfalls, um Schutzlücken durch fehlende Führungszeugniskontrollen in der laufenden Tätigkeit gesetzlich zu schließen?
7. Welche Bedeutung misst die Landesregierung dem regelmäßigen Abgleich von Führungszeugnissen als präventivem Instrument im Kinderschutz bei?

¹ <https://www.stk.niedersachsen.de/startseite/presseinformationen/landesregierung-beschliesst-kinderschutzstrategie-fur-die-jahre-2025-bis-2030-241942.html>

² <https://www.spiegel.de/panorama/justiz/fall-greta-aus-viersen-erzieherin-sandra-m-zu-lebenslanger-haft-verurteilt-a-f75d4d15-372d-41d6-a155-80af35d4e7ec?>

8. Welche juristischen und politischen Gründe führen aus Sicht der Landesregierung dazu, dass bislang keine Pflicht zur regelmäßigen Erneuerung von Führungszeugnissen in einem gesetzlich bestimmten Zeitraum verankert wurde?
9. Wie beurteilt die Landesregierung die Einschätzung der Datenschutzkonferenz, wonach eine regelmäßige Führungszeugniskontrolle bei bestimmten Berufsgruppen verhältnismäßig und zulässig sein kann?
10. Welche rechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten sieht die Landesregierung, um eine risikobasierte und zeitlich konkretisierte Wiederholungspflicht zur Vorlage im Landesrecht umzusetzen?
11. Warum gibt es in sensiblen Bereichen wie Schulen oder Pflegeeinrichtungen bisher keine verpflichtende Wiederholung der Eignungskontrolle vorgesehen ist, obwohl der Kontakt zu Schutzbefohlenen dauerhaft besteht?
12. Welche Erfahrungen aus anderen Bundesländern zieht die Landesregierung gegebenenfalls zur Bewertung heran, um gegebenenfalls bestehende Regelungslücken im Bereich der Führungszeugnisse besser zu erfassen und zu beheben?